

# Zentrale Arbeitsgruppe zur Versorgung psychisch kranker und suchtkranker Menschen in der Stadtgemeinde Bremen

## Fachausschuss Allgemeinpsychiatrie

### Protokoll der Sitzung am 01.12.2010

#### Teilnehmer/innen

Bernd Knies (Initiative...), Jürgen Rohde (Sozialwerk der Freien Christengemeinde), Wolfgang Rust (Arbeiter-Samariter-Bund), Gabi Ravenborg (Innere Mission) Heidi Mergner (Initiative...), Helmut Thiede (Gesellschaft für Ambulante Psychiatrische Dienste Gapsy), Siegfried Ueberschär (Behandlungszentrum Süd), Detlef Tintelott (Landesverband Psychiatrieerfahrener), Tina Macholdt (BWG), Bernd Höpper (Innere Mission), Gabriele Naworth (Ges.-Amt Steuerungsstelle).

Zum TOP 1: Henry Rehder (AG Pillen, Reden, Therapie), Dorothee Oelrich (Bremer Werkgemeinschaft)

Entschuldigt: Alexander Bohn, Joachim Heimler

#### Tagesordnung

1. Arbeitsgruppe "Pillen, Reden, Therapie" .....	1
2. Protokolle.....	2
3. Umstellung auf Zentrale Begutachtung .....	2
4. Landespsychiatrieplan .....	3
5. Bericht der Steuerungsstelle.....	3
6. Rahmenvertragsverhandlung nach § 75 SGB XII.....	4
7. Bericht der Besuchskommission.....	4
8. Zentrale Arbeitsgruppe .....	4
Termine 2011.....	4

## 1. Arbeitsgruppe "Pillen, Reden, Therapie"

Herr Rehder, Frau Oelrich und Frau Ravenborg stellen den Hintergrund und die aktuellen Aktivitäten der Arbeitsgruppe vor.

Entstanden ist die Gruppe vor rund drei Jahren als Initiative von Mitarbeiter/innen einiger Träger, die sich mit den beobachtbaren Nebenwirkungen von Neuroleptika auseinandersetzen wollten. Ziel war und ist es, die unterschiedlichen Standpunkte zu diesem Thema in Gruppe zu versammeln.

Zwei Fortbildungen mit Volkmar Aderhold haben letztlich den Anstoß zu dem erfolgreichen Fachtag "Pillen, Reden, Therapie" im April 2010 gegeben. Der Fachtag war auf große Resonanz getroffen und hatte der Gruppe neue Mitglieder zugeführt. Leider gibt es immer noch keine Beteiligung durch die Behandlungszentren und durch niedergelassene Nervenärzte.

Der Eindruck der Initiator/innen vom Fachtag war, dass auch dort gerne eine kontroversere Diskussion hätte stattfinden dürfen. Letztlich hatte es viel Einvernehmen gegeben, allerdings mit Blick auf die praktische Umsetzung (Personalsituation) auch Skepsis.

Der für Ende 2011 vorgesehene Fachtag soll dennoch einen Schwerpunkt darauf legen, ob sich aus den guten Vorsätzen eine veränderte Praxis ergeben hat. Es soll versucht werden, exemplarisch an Einzelfällen Abläufe darzustellen. Dabei soll auch verstärkt auf die Rolle von psychiatriee erfahrenen Menschen, z.B. Ex-In-Absolventen gesehen werden.

Ein Kontakt zu Herrn Steinbrück, dem Landesbehindertenbeauftragten hat stattgefunden, bei dem das Thema im Hinblick auf die UN-Menschenrechtskonvention erörtert worden war. Ziel der Arbeitsgruppe ist die Formulierung von Leitlinien für Betreuer/innen, wie sie den Umgang mit Ärzten und Klienten zu gestalten haben, um jeweils die Notwendigkeit der Neuroleptikavergabe kritisch begleiten zu können.

Ziel ist, den Betroffenen zu einem bewußteren und selbstbewußteren Umgang mit der Thematik zu verhelfen.

Weiteres Ziel ist, therapeutische Alternativen (z.B. kognitiv-behaviorale Therapie) stärker als Alternative zu positionieren, also die traditionelle Benachteiligung v.a. schwer psychosekranker Menschen beim Zugang zu Psychotherapie zu überwinden.

Frau Oelrich hat durch Hospitation in der Havelland-Klinik festgestellt, dass auch in der Regelversorgung Fortschritte auf dem Weg zu niedrigerer Neuroleptikadosierung möglich sind.

Die Frage, ob die Arbeitsgruppe durch "Anschluss" an das offizielle Gremiensystem noch mehr Stoßkraft erhalten könnte wurde so entschieden:

Die Unabhängigkeit von einem pluralistisch besetzten und ggfs. zu Kompromissen gezwungenen Fachgremium ist vorläufig wichtig. Die Arbeitsgruppe wird im Frühsommer 2011 erneut im Fachausschuss Allgemeinpsychiatrie berichten, dann mit Schwerpunkt Stand der Vorbereitung des Fachtages. Der Fachausschuss wird dazu beitragen, das Anliegen der Arbeitsgruppe so zu präsentieren, dass noch mehr Vertreter der verschiedenen Institutionen mitwirken.

## **2. Protokolle**

Die Protokolle der letzten regulären Sitzung vom 01.09.2010 sowie der Sondersitzung am 06.10.2010 (Themen: Landespsychiatrieplan; Gender-Leitlinien) werden verabschiedet.

## **3. Umstellung auf Zentrale Begutachtung**

Die Begutachtung von neuen Maßnahmen im Bereich Eingliederungshilfe (Sucht/legal und Psychiatrie) sowie Pflegegutachten sollen weiterhin zentralisiert werden. Das hat der scheidende Leiter des Gesundheitsamtes, Herr. Dr. Stümpel, dem Ressort nochmals schriftlich mitgeteilt, allerdings unter dem Vorbehalt einer ausreichenden Stellenausstattung.

Eine verfahrensmäßige Vorbereitung für die zum 01.01.2011 vorgesehene Umstellung hat es bisher nicht gegeben.

Für die Behandlungszentren hat sich jetzt auch der Geno-Geschäftsführer Herr Hansen eingeschaltet, hier allerdings auch eine abzubauen Personalgröße benannt, die für den Aufbau einer funktionierenden Zentralbegutachtung nicht ausreicht. In den nächsten Tagen wird es ein weiteres Klärungsgespräch geben, an dem Herr Möhlenkamp, Herr Hilbert, Herr Zimmermann, Herr Gruhl und Frau Stroth beteiligt sein sollen.

Der Staatsrat Dr. Schulte-Sasse wird daran erinnert, auf die Stellungnahme des Fachausschusses zu antworten.

#### **4. Landespsychiatrieplan**

Die Stellungnahme des Fachausschusses zum Verfahren bei der Erstellung des Landespsychiatrieplans wurde von Frau Stroth mit einem kurzen Schreiben beantwortet, das an die Anwesenden verteilt wird.

Darin wird auf den Psychiatrieausschuss hingewiesen, der mittlerweile getagt hat.

Im Protokoll des Psychiatrieausschusses wird nur von den Ausschussmitgliedern eine Stellungnahme bis Mitte Januar erbeten, und es werde nur die Ausschussmitglieder als Vertreter für die vorgeschlagenen Arbeitsgruppen genannt.

Der so dokumentierte Ausschluss der Fachgremien wird von den Anwesenden mit großer Verärgerung aufgenommen, zumal der Psychiatrieausschuss so zusammen gesetzt ist, dass alle Behandlungszentren, die Bremer Krankenhausgesellschaft, die AMEOS-Klinik, die Klinik Reinkenheide teilweise doppelt dort vertreten sind, während die ambulanten Leistungserbringer nur zwei Mitglieder entsenden dürfen.

Es wird unterschiedlich beurteilt, welche Bedeutung der Plan hat. Nur eine Absichtserklärung, der dann in der Praxis wenig Bedeutung zukommt ? Oder: Ein "Plan", der nur das wiedergibt, was sowieso außerhalb der Fachöffentlichkeit bereits auf den Weg gebracht wurde (z.B. Klinikzentrierung oder Zentralisierung der Begutachtung) ?

Eine Beteiligung der Fachgremien hätte normalerweise auch Auswirkungen haben müssen auf die inhaltliche Diskussion in der Vertragskommission für die Eingliederungshilfe.

In der Beteiligung der Fachgremien hätte sich auch die Beteiligung Psychiatrieerfahrener und Angehöriger besser realisieren lassen als im praktizierten Verfahren.

Es scheint, nach der Nichtbeachtung der notwendigen Beteiligung offenbar nur der Weg, in direkte Kommunikation mit den politisch Verantwortlichen zu kommen.

Die Position des Fachausschusses Allgemeinpsychiatrie müsste auch mit den anderen Fachausschüssen abgestimmt sein.

In dieser Situation wäre eine funktionierende ZAG-Organisation hilfreich und notwendig. Diesbezüglich wird der Fachausschuss-Koordinator mit dem ZAG-Koordinator Kontakt suchen.

Unabhängig davon wird der Fachausschuss eine erneute Stellungnahme an die Behörde schicken. Der Entwurf hierzu wird in den nächsten Tagen mit der Bitte um Rückmeldung verschickt. Die Stellungnahme soll dann noch im Dezember heraus geschickt werden.

#### **5. Bericht der Steuerungsstelle**

Die Behandlungszentren Nord und Ost hatten als Reaktion auf den Bericht 2009 vorgeschlagen, bei der Berichterstattung stärker auf das regionale Leistungsgeschehen einzugehen. Diese Anregung teilen die Anwesenden. Die Steuerungsstelle hat zur Zeit Datenerhebung und Auswertung allerdings so organisiert, dass diese Aufgabe nicht kurzfristig zu bewältigen ist.

Die Betrachtung von Genderaspekten in der Versorgung wurde ebenfalls angeregt.

Für den Bericht 2010 sieht die Steuerungsstelle vor, sich drei Aspekten stärker zu widmen:

- Frage des Verbleibs der Klienten nach dem Betreuten Wohnen, auch im Hinblick darauf, dass immer mehr Kurzzeitbetreuungen gezählt werden. Die Public-Health-Praktikantin Frau Orbke bereitet eine Befragung der Träger hierzu vor.
- Auswärtsunterbringungen. Hier unter besonderer Berücksichtigung geschlossener Unterbringungen (v.a. Warendorff)
- Projekte, die der geringen Fluktuation im Heimbereich entgegen wirken bzw. die Möglichkeiten des Betreuten Wohnens verbessern.

Der kommende Bericht wird bereits der 10. dieser Art sein.

## **6. Rahmenvertragsverhandlung nach § 75 SGB XII**

Durch die Verbindung der Sparvorgaben des Senats mit den Verhandlungen zu veränderten Entgeltvereinbarungen ist durch ein Eckpunktepapier des Staatsrates Schuster die Möglichkeit ins Gespräch gekommen, Trägerbudgets als Finanzierungsmodell zu vereinbaren. Diesbezügliche Verhandlungen sollen durch eine Unterkommission vorbereitet werden, die sich allerdings noch nicht getroffen hat.

## **7. Bericht der Besuchskommission**

Es lag ein Entwurf vor, der Fragen zum Bearbeitungsstand bezüglich der im Bericht der Besuchskommission festgestellten Mängel in der Versorgung formuliert.

Der Tagesordnungspunkt kann aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden und wird auf die nächste Sitzung verschoben.

## **8. Zentrale Arbeitsgruppe**

Stand der ZAG-Umgestaltung

Nicht behandelt.

## **Termine 2011**

02.03.2011

01.06.2011

07.09.2011

07.12.2011

Rust/01.12.2010